

**Stellenplan 2010**  
**Veränderungen gegenüber 2009**

Die nachfolgenden „Änderungen zum Stellenplan 2010“ beinhalten ausschließlich die Veränderungen, die eine Auswirkung auf die Anzahl der Stellen der Kernverwaltung des Landkreises Peine haben. Soweit Stellen zwischen den Verwaltungseinheiten verschoben, umgewandelt oder aufgrund einer durchgeführten Bewertung anders ausgewiesen werden, ohne dass die Anzahl der Stellen davon berührt wird, sind diese in die zahlenmäßige Aufstellung „Stellenplan 2010“ eingearbeitet.

Die nachfolgenden Veränderungen basieren auf den Vorschlägen der Verwaltung. Die Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und ggf. vorab erfolgte Entscheidungen politischer Gremien sind zu jeder Veränderung dargestellt. Außerdem werden die jeweiligen Budgetauswirkungen aufgeführt.

Die Haushaltsmittel für diese Veränderungen sind im Entwurf des Produkthaushaltes für das Jahr 2010 enthalten.

Der Personalrat hat das Benehmen für die aufgeführten Veränderungen hergestellt

Gegenüber dem Stellenplan 2009 ergibt sich für den Stellenplan der Kernverwaltung eine **Stellenvermehrung um 41,03 Stellen**.

Insbesondere im Fachdienst Arbeit sind deutliche Stellenzuwächse erforderlich, die zum einen in einer Verlagerung bisher bei der Bbg angesiedelter Aufgaben für 14 Stellen (kostenneutral durch gleichzeitig entfallende Sachkostenerstattungen) und weiteren 14,5 Stellen zur Wahrung der Dienstleistungsqualität (Kostenanteil aufgrund der Bundes-Erstattungen für diese Aufgabe gering) begründet sind.

Außerdem sind für das Jugendamt 9,15 zusätzliche Stellen vorgesehen, wobei allein 3,00 Stellen für das Kinder- und Familienservicebüro nur nachträglich für die Laufzeit der Projektförderung in den Stellenplan aufgenommen werden. Weitere 2,00 Stellen für das Projekt Kop-fF („Dormagener Modell“) vollziehen nur bereits vorhandene Beschlüsse nach, weil zum Stellenplan des Vorjahres nicht entschieden war, ob diese Aufgabe mit eigenem Personal wahrgenommen werden soll. Auch eine weitere Stelle wird im Rahmen einer Projektförderung (Projekt „Kindertagespflege“) in voller Höhe durch Bund und Land bezahlt und befristet für die Projektlaufzeit in den Stellenplan aufgenommen.

Die Stellenmehrung des Fachbereiches I ist im wesentlichen geprägt von der durch den Kreisausschuss beschlossenen Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung und erforderlichen Stellenanpassungen für die Vollstreckungsdienste im Bereich der Kreiskasse. Letzteres insbesondere, um den Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes bezüglich der Vollstreckungsrückstände gerecht zu werden.

Eine bereits im Kreisausschuss beschlossene Stelle für die Kreisentwicklung kann im Budget 005 (Landrat und angeschlossene Einheiten) ohne Ausweitung der Stellenzahl eingerichtet werden, da gleichzeitig durch Nutzung von Synergien eine Stelle eingespart werden kann.

Auch im Bereich der Nachwuchskräfte wurde 1,00 zusätzliche Stelle für die Ausbildung eines System- und Fachinformatikers geschaffen. Diese Ausbildung soll im Rahmen eines Kooperationsmodells stattfinden. Eine Ausbildungsstelle für Verwaltungsfachangestellte („mittlerer Dienst“) soll getauscht werden in eine Ausbildungsstelle „gehobener Dienst“ (Inspektor-Anwärter/in), um dem Personalbedarf aufgrund absehbarer Fluktuationen zielgerichtet gerecht werden zu können.

Die ausgewiesenen Leerstellen vollziehen lediglich den aktuellen Stand von Freizeitphasen der Altersteilzeit, Erziehungszeiten und Beurlaubungen, sowie die Personalüberlassung im Rahmen der Überleitung der Abfallwirtschaft auf A+B nach. Budgetauswirkungen ergeben sich aus Leerstellen nicht.

---

Einfügung Excel-Tabelle mit kostenmäßiger Darstellung!

Änderungen zum Stellenplan 2010Fachbereich I:

lfd. Nr.	Bezeichnung der OE	Besold.-/ Entgeltgruppe	Stellen
1.1	EDV	Egr. 9	0,50
<p>Aufgrund steigender Nutzerzahlen, Umsetzung des eGouvernement-Masterplanes und der EU-Dienstleistungsrichtlinie, sowie Einführung eines Dokumentenmanagementsystems ist eine halbe Stelle in der EDV für die Systembetreuung zusätzlich erforderlich.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: 26.000 € abz. 6.500 € Erst. FD 33 = 19.500 €</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
1.2	Personal und Service	Egr. 8	0,50
<p>Seit 2004 ist die Beschäftigtenzahl (insbes. durch die „Option“) von seinerzeit 825 auf nun 914 gestiegen. Durch absehbare weitere Zuwächse durch den Stellenplan 2010 ist dringend für die Bezüge- und Personalsachbearbeitung eine Aufstockung erforderlich.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: 22.700 € abz. 2.800 € Erst. FD 33 = 19.900 €</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
1.3	Kämmerei und Kommunal-aufsicht	Egr. 8	0,50
<p>Angesichts der bevorstehenden Umstellung auf ein doppisches Buchungssystem ist für die rd. 700 Nutzer der Software für das Rechnungswesen ein höherer Aufwand für die Anwendungsbetreuung erforderlich. Eine Betreuung in Teilzeit reicht dafür in der Umstellungssituation nicht aus.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: 22.700 € abz. 5.700 € Erst. FD 33 = 17.000 €</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
1.4	Kreiskasse	Egr. 5	0,10
<p>Aufgrund steigender Fallzahlen im Mahnwesen ist eine geringfügige Stellenausweitung erforderlich. Gerade auch durch die Ausweitung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung ist ein Anstieg der anzumahenden Forderungen zu verzeichnen.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: 3.800 € (Refinanziert durch Buß- und Verwarngelder)</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			

1.5	Kreiskasse	Egr. 5 Egr. 8	1,00 1,00
<p>Die Fallzahlen im Bereich der Vollstreckung haben sich gegenüber 2004 nahezu verdoppelt. Neben den Forderungen aus der kommunalen Verkehrsüberwachung sind insbesondere erhebliche Zuwachsraten aus Forderungen des Fachdienstes „Arbeit“ als Ursache zu verzeichnen. Die vom Fachdienst „Arbeit“ im Rahmen der Verwaltungskostenerstattungen für Vollstreckungsdienste zu leistenden Beträge führen zu einer Refinanzierung dieses Aufwandes. Über die Abrechnung mit dem Bund wird der Großteil der Verwaltungskostenerstattungen aus Bundesleistungen getragen.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: 83.900 €, refinanziert durch Erstattungen des FD 33 und Bußgeldeinnahmen</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
1.6	Recht	Bes. Gr. A 13 h.D. Egr. 13	1,00 - 0,68
<p>Durch die aufgrund der Stellenumwandlung mögliche Verbeamtung einer Juristin werden Umlagezahlungen an die Versorgungskasse für eine unbesetzte Stelle des höheren Dienstes vermieden. Insofern reduziert sich der im Teilbudget des FD „Personal und Service“ für die im Rahmen der zentralen Personalbewirtschaftung zu zahlenden Versorgungskassenumlage um rd. 30.000 €. Beamtenstellen dürfen nur als ganze Stellen ausgewiesen werden.</p> <p><b>Entlastung für das Budget 2010: ca. 10.000 €</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
1.7	Straßenverkehr	Egr. 5	1,50 (kw 2012)
<p>Für die Ausweitung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung sind für die Einrichtung einer dritten Schicht zusätzliche 1,50 Stellenanteile erforderlich. Diese sollen zunächst für zwei Jahre befristet eingerichtet werden.</p> <p><b>Refinanzierung durch Einnahmen aus Geschwindigkeitsüberwachung</b>  <b>► Beschluss zur Einrichtung der Stellen im KA am 22.04.2009</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
1.8	Schulen, Kultur und Sport	Egr. 9	0,50
<p>Durch die ständigen Veränderungen in der Schullandschaft, die zusätzlichen Aufgaben durch das Konjunkturpaket II und die weiteren zusätzlichen Aufgaben im Rahmen der Schülerbeförderung, die letztlich durch das notwendige Ausschreibungsverfahren entstanden und künftig eine permanente Überwachung notwendig machen, ist ein zusätzlicher Stellenanteil erforderlich.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: rd. 26.000 €</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat in seiner Sitzung am 11.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			

<b><u>Gesamt Fachbereich I</u></b>			<b><u>5,92</u></b>
<b><u>Fachbereich II:</u></b>			
<b>lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung der OE</b>	<b>Besold.-/ Entgeltgruppe</b>	<b>Stellen</b>
<b>2.1</b>	<b>FD „Umwelt“</b>	<b>Egr. 6</b>	<b>- 0,24</b>
<p>Durch Umorganisation im Umweltamt kann ein Stellenanteil eingespart werden.</p> <p style="text-align: center;"><b><u>Entlastung Budget 2010: 10.600 €</u></b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz hat in seiner Sitzung am 23.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>2.2</b>	<b>FD „Veterinärwesen“</b>	<b>Egr. 9</b>	<b>0,50 x kw 2011</b>
<p>Mit Kreistagsbeschluss vom 21.03.2007 wurde für den Bereich der Tierseuchen-Krisenplanung eine für zwei Jahre befristete Teilzeitstelle eingerichtet. Durch wiederholte langwierige Krankheitsausfälle war der Stellenanteil über weite Strecken unbesetzt und die Arbeit konnte daher nicht im ursprünglich vorgesehenen Zeitraum fertiggestellt werden. Der Stellenanteil bleibt daher für ein weiteres Jahr erforderlich.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010: 25.400 € (durch Stellenvakanz in Vorjahren eingespart)</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz hat in seiner Sitzung am 23.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>2.3</b>	<b>FD „Veterinärwesen“</b>	<b>Egr. 13</b>	<b>0,30</b>
<p>Aufgrund zunehmender Prüfungen von gefährlichen Hunden ist ein zusätzlicher Stellenanteil erforderlich. Inzwischen ist von einer Verdoppelung des bis 2008 geltenden Umfangs auszugehen.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010: 20.100 €</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz hat in seiner Sitzung am 23.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>2.4</b>	<b>Zentr. Vergabestelle</b>	<b>A 12</b> <b>Egr. 10</b>	<b>- 1,00 ku 2010</b> <b>- 1,00 ku 2010</b> <b>Jeweils nur</b> <b>Streichung</b> <b>Ku“-Vermerk</b>
<p>Aufgrund der Entwicklung im Bereich des Vergabewesens können die bei Gründung der zentralen Vergabestelle vorgesehenen ku-Vermerke nicht umgesetzt werden. Gerade die Fortentwicklung und das Bestreben, eine gemeinsame Vergabestelle einzurichten, würden die wertvolle Aufbauarbeit zunichte machen. Insofern wird eine dauerhafte Notwendigkeit der vorhandenen Stellenbesetzung im vorhandenen Umfang gesehen.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010: ca. 40.000 €</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Bauen, Planen, Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 08.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			

<b><u>Gesamt Fachbereich II</u></b>	<b><u>0,56</u></b>
-------------------------------------	--------------------

**Fachbereich III:**

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung der OE</b>	<b>Besold.-/ Entgeltgruppe</b>	<b>Stellen</b>
<b>3.1</b>	<b>Soziales</b>	<b>EGr. 9 C</b>	<b>- 0,25</b>
<p>Die bisher mit einer Pflegefachkraft in der Heimaufsicht durchgeführten Tätigkeiten sollen künftig auf Honorarbasis erledigt werden. Der Stellenanteil kann daher entfallen.</p> <p style="text-align: center;"><b>Entlastung Budget 2010: ca. 5.000 €</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 15.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.2</b>	<b>Soziales</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>0,50</b>
<p>Im Bereich der Heimaufsicht ist eine Aufstockung um eine weitere halbe Stelle notwendig. Aufgrund akutem Bedarfs hat der Kreisausschuss am 22.04.2009 bereits der Einrichtung des weiteren Stellenanteils und der vorzeitigen Besetzung zugestimmt.</p> <p style="text-align: center;"><b>Belastung Budget 2010: 26.000 €</b></p> <p style="text-align: center;"><b>► Beschluss zur Einrichtung des Stellenanteils im KA am 22.04.2009</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 15.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.3</b>	<b>Arbeit</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>7,00</b>
<p>Für die Integration des Jugend-Job-Centers als Folge der Aufgabenübernahme von der Bbg sind entsprechende Planstellen für die zu übernehmenden Beschäftigten einzurichten. Den höheren Personalkosten stehen entfallende Sachkostenerstattungen in etwa gleicher Höhe gegenüber.</p> <p style="text-align: center;"><b>Refinanzierung durch wegfallende Sachkostenerstattungen an Bbg</b></p> <p style="text-align: center;"><b>► Beschluss zum Übergang der Beschäftigten im KA am 26.08.2009</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 15.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.4</b>	<b>Arbeit</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>6,00</b>
<p>Für die Integration des Arbeitgeberservices als Folge der Aufgabenübernahme von der Bbg sind entsprechende Planstellen für die zu übernehmenden Beschäftigten einzurichten. Den höheren Personalkosten stehen entfallende Sachkostenerstattungen in etwa gleicher Höhe gegenüber.</p> <p style="text-align: center;"><b>Refinanzierung durch wegfallende Sachkostenerstattungen an Bbg</b></p> <p style="text-align: center;"><b>► Beschluss zum Übergang der Beschäftigten im KA am 26.08.2009</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 15.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			

<b>3.5</b>	<b>Arbeit</b>	<b>EGr. 8</b>	<b>1,00</b>
<p>Für die Integration eines Beschäftigten für die Betreuung von MAE-Kräften als Folge der Aufgabenübernahme von der Bbg aus rechtlichen Gründen ist eine entsprechend Planstelle für den zu übernehmenden Beschäftigten einzurichten. Den höheren Personalkosten stehen entfallende Sachkostenerstattungen in etwa gleicher Höhe gegenüber.</p> <p><b>Refinanzierung durch wegfallende Sachkostenerstattungen an Bbg</b></p> <p>► <b>Beschluss zum Übergang der Beschäftigten im KA am 26.08.2009</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 15.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.6</b>	<b>Arbeit</b>	<b>EGr. 8</b>	<b>11,50</b>
<p>Aufgrund steigender Fallzahlen und zur Einhaltung von Personalschlüsseln für die Sachbearbeitung sind zusätzliche Stellen im Rahmen der Leistungssachbearbeitung erforderlich.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: ca. 67.000 € (kommunaler Anteil)</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 15.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.7</b>	<b>Arbeit</b>	<b>EGr. 5</b>	<b>1,00</b>
<p>Aufgrund steigender Fallzahlen ist eine zusätzliche Stelle für Teamassistenz erforderlich.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: ca. 7.500 € (kommunaler Anteil)</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 15.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.8</b>	<b>Arbeit</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>1,00</b>
<p>Im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund ist ein Verwaltungs- und Kontrollsystem einzurichten, das der Qualitätsverbesserung dient und bestimmte Prüfmargen erfüllen muss. Mit bisher nur einer Stelle in diesem Bereich kann die geforderte Leistung nicht erbracht werden. Eine Stellenbesetzung erfolgt erst, wenn die Fortsetzung der Aufgabewahrnehmung im Rahmen der „Option“ fest steht.</p> <p><b>Mehrbelastung Budget 2010: ca. 6.600 € (kommunaler Anteil)</b></p> <p><b>Der Ausschuss für Frauen, Arbeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 15.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.9</b>	<b>Jugendamt</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>1,00 (kw 2012)</b>
<p>Im Rahmen des Aktionsprogramms „Kindertagespflege“ wird bis 31.05.2011 eine Stelle zu 100 % aus Bundes- und Landesmitteln gefördert.</p> <p><b>Refinanzierung durch Erstattungen Bund/Land.</b></p> <p><b>Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 09.02.2010 eine entsprechende Empfehlung <u>nicht</u> ausgesprochen.</b></p>			

<b>3.10</b>	<b>Jugendamt</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>1,00</b>
<p>Durch das neue Familienverfahrensgesetz wurde die Jugendhilfe verpflichtet, im Rahmen der Mitwirkung in den Verfahren persönlich zum ersten Gerichtstermin zu erscheinen. Zur Wahrnehmung der Aufgabe haben der Jugendhilfeausschuss am 23.06.2009 und der Kreisausschuss am 19.08.2009 vorab die Einrichtung der Stelle beschlossen. Eine Besetzung ist zur Jahresmitte 2010 vorgesehen.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010 : 29.200 €</b></p> <p style="text-align: center;"><b>► Beschluss zur Einrichtung der Stelle im JHA am 23.06.2009 und im KA am 19.08.2009.</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 09.02.2010 eine entsprechende Empfehlung <u>nicht</u> ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.11</b>	<b>Jugendamt</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>2,00 (kw 2014)</b>
<p>Für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe im Rahmen des Aufbaus von Präventionsketten am Beispiel des Dormagener Modells wurden im Budget 2009 insgesamt 200.000 € zur Verfügung gestellt, ohne dass eine Festlegung in Personal- oder Sachkosten erfolgte. Inzwischen wurde festgelegt, dass zwei Kräfte mit der Aufgabe betraut werden sollen und die Mittel befristet für 5 Jahre zur Verfügung stehen sollen (KA 11.03.2009).</p> <p style="text-align: center;"><b>Umwandlung bereits bereitgestellter Sachkosten in Personalkosten</b></p> <p style="text-align: center;"><b>► Beschluss zur Einrichtung der Stellen im KA am 11.03.2009.</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 09.02.2010 eine entsprechende Empfehlung <u>nicht</u> ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.12</b>	<b>Jugendamt</b>	<b>EGr. 11</b>	<b>0,15</b>
<p>Durch steigende Fallzahlen im Bereich der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche ist zusätzlicher Stellenbedarf für die Arbeit eines Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten vorhanden. Insbesondere die Arbeit mit hochstrittigen Eltern und die Väterarbeit muss qualitativ abgesichert werden.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010: 10.000 €</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 09.02.2010 eine entsprechende Empfehlung <u>nicht</u> ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.13</b>	<b>Jugendamt</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>3,00 (kw 2012)</b>
<p>Im Rahmen einer Projektförderung durch Landesmittel wurde beim Landkreis Peine ein eigenes Familien- und Kinderservicebüro eingerichtet. Bisher wurden diese Stellen nicht in den Stellenplan aufgenommen. Da für eine langfristige Stellenbesetzung eine Stelle im Stellenplan Voraussetzung ist, müssen die Stellen entsprechend abgesichert werden.</p> <p style="text-align: center;"><b>50 % Refinanzierung durch Erstattungen Land; Mehrbelastung Budget 2010: 71.500 €.</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 09.02.2010 eine entsprechende Empfehlung <u>nicht</u> ausgesprochen.</b></p>			

<b>3.14</b>	<b>Jugendamt</b>	<b>Bes.Gr. A 11</b>	<b>1,00</b>
<p>Die fachliche Entwicklung der Jugendhilfe im Bereich Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern hat zu der Entscheidung geführt, die Fachdienstleitung überwiegend pädagogisch ausgerichtet einzusetzen. Gerade im rasant sich entwickelnden Schwerpunkt der Kinderbetreuung ist in erheblichem Maße aber zusätzliche Verwaltungskompetenz gefragt, die über die Fachdienstleitung – wie bisher – nicht abgedeckt werden kann. Das Arbeitsvolumen ist in erheblichem Umfang gestiegen und diese Tendenz wird sich langfristig auch in der Zukunft fortsetzen. Hier ist unbedingt entsprechende Fachkompetenz im Umfang einer Vollzeitstelle einzusetzen, die organisatorisch dann auch als stellvertretende Fachdienstleitung fungieren soll. Die Stellenbesetzung ist zum 01.07.2010 vorgesehen.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010: 30.000 €.</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 09.02.2010 eine entsprechende Empfehlung <u>nicht</u> ausgesprochen.</b></p>			
<b>3.15</b>	<b>Jugendamt</b>	<b>EGr. 9</b>	<b>1,00</b>
<p>Im Aufgabenfeld Beistandschaften sind derzeit zwei Vollzeitstellen nach EGr. 9 besetzt, die aktuell rund 845 laufende Fälle bearbeiten. Unter Betrachtung aktueller Kennzahlenvergleiche fehlt mindestens eine Vollzeitstelle.</p> <p>Hintergrund des Mehrbedarfes ist, dass die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen aufgrund der Wirtschaftssituation sehr stark zugenommen hat. Diese Tendenz ist auch für die Zukunft zu erwarten. So sinkt bereits jetzt deutlich der Anteil der voll zahlungsfähigen Unterhaltspflichtigen, der Bedarf an Beratung und Unterstützung zur Durchsetzung möglicher Ansprüche nimmt zu.</p> <p>Die neu einzurichtende Stelle soll in diesem Bereich als weitere Sachbearbeiterstelle eingesetzt werden, so dass damit die genannten Höchstgrenzen bei den Fallzahlen eingehalten werden können. Außerdem muss in diesem Bereich das Arbeitsfeld der Unterhaltsberatungen für Minderjährige und junge Volljährige wegen der thematischen Zusammengehörigkeit angebunden werden. Die dann „vorgeschaltete“ Unterhaltsberatung dient der Vermeidung der Beauftragung unnötiger Beistandschaften (z.B. Leistungsfähigkeit des Kindesvaters).</p> <p>Im Ergebnis gewährleistet diese Zuordnung die Durchführung von Klageverfahren für die betroffenen Kinder. Aktuell ist dies bei weitem nicht im erforderlichen Maß möglich. Die derzeitigen Rückstände von Monaten sollen damit reduziert werden.</p> <p style="text-align: center;">Die Stelle soll zum 01.07.2010 besetzt werden.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010: 26.100 €.</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 09.02.2010 eine entsprechende Empfehlung <u>nicht</u> ausgesprochen.</b></p>			
<b>Gesamt Fachbereich III</b>			<b>36,90</b>

**Budget 005 – Landrat-**

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung der OE</b>	<b>Besold.-/ Entgeltgruppe</b>	<b>Stellen</b>
<b>4.1</b>	<b>Referat für Landrat, Kreistag und Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>Egr. 8</b>	<b>- 1,00</b>
<p>Durch die Zusammenlegung des Kreistagsbüros mit dem Sekretariat des Landrates kann eine Stelle eingespart werden, siehe auch Haushaltssicherungskonzept.</p> <p style="text-align: center;"><b><u>Entlastung Budget 2010: 45.400 €</u></b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>4.2</b>	<b>Projekt- und Entwicklungsmanagement</b>	<b>Bes. Gr. A13 gD</b>	<b>1,00</b>
<p>Die Steuerung der Landkreisbeteiligungen wird zunehmend komplexer und umfangreicher. Um dem entgegenzuwirken ist die Einrichtung einer zentralen Stelle erforderlich. Eine Stellenbesetzung ist zum 01.04.2010 vorgesehen.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010: 48.100 €</b></p> <p style="text-align: center;"><b>► Beschluss zur Einrichtung der Stelle im KA am 18.11.2009</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>Gesamt Budget 005</b>			<b>0,00</b>

**Fachbereich I – Ausbildung –:**

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung der OE</b>	<b>Besold.-/ Entgeltgruppe</b>	<b>Stellen</b>
<b>5.1</b>	<b>Kreisinspektor-Anwärter</b>	<b>Anwärterbezüge</b>	<b>+ 1,00</b>
<p>Aufgrund absehbarer Bedarfe im Bereich der Beamten des gehobenen Dienstes soll diese Ausbildung weiterhin verstärkt werden. Durch unbesetzte Beamtenstellen könnten negative Folgen bezüglich der Versorgungskassenumlage entstehen (ggf. 1,5facher Umlagesatz). Im Gegenzug wird eine Stelle für Verwaltungsauszubildende reduziert (siehe Ziffer 4.2.)</p> <p style="text-align: center;"><b>Lediglich Tausch Azubi VFA gegen Anwärter</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			

## Anlage 8

<b>5.2</b>	<b>Verwaltungs-Azubi</b>	<b>Ausbildungsvergütung</b>	<b>- 1,00</b>
<p>Durch ausscheidende Beamte ist momentan höherer Bedarf für die Ausbildung von Beamten im gehobenen Dienst notwendig (siehe Ziffer 4.1). Für eine zusätzliche Stelle in diesem Bereich erfolgt im Gegenzug eine Reduzierung um eine Stelle im Bereich der Ausbildung von Verwaltungsfachangestellten.</p> <p style="text-align: center;"><b>Lediglich Tausch Azubi VFA gegen Anwärter</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>5.3</b>	<b>Auszubildender als System- und Fachinformatiker</b>	<b>Ausbildungsvergütung</b>	<b>1,00</b>
<p>In Kooperation zwischen Fachdienst „EDV“, der BBS und einem externen Betrieb soll ein System- und Fachinformatiker ausgebildet werden. Ausbildungsträger soll der Landkreis Peine sein.</p> <p style="text-align: center;"><b>Mehrbelastung Budget 2010: 5.000 € abzüglich Kostenanteil Dritter</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b></p>			
<b>Gesamt Fachbereich I – Ausbildung –</b>			<b>1,00</b>

### Fachbereich I – Leerstellen –:

Ifd. Nr.	Bezeichnung der OE	Besold./ Entgeltgruppe	Stellen
<b>6.1</b>	<b>Leerstellen LK</b>	A 10 A 8 A 7 Egr. 9 Egr. 8 Egr. 6 Egr. 5	-1,00 1,00 1,00 - 2,33 1,50 0,38 <u>0,58</u> <u><b>1,13</b></u>
<p>Innerhalb des Jahres 2009 haben sich Veränderungen bei den Beurlaubungen ( in der Regel aus Elternzeit ) ergeben, die im Stellenplan auszuweisen sind. Vollzeitstellen werden nur mit 0,75 Stellenanteilen gerechnet, da in der Regel keine Rückkehr in Vollzeit gewünscht ist.</p>			
<b>6.2</b>	<b>Leerstellen ATZ LK</b>	Egr. 14 Egr. 9 Egr. 8 Egr. 7 Egr. 5 Egr. 3	- 1,01 - 1,01 0,73 - 1,00 - 0,08 <u>0,24</u> <u><b>- 2,13</b></u>

**Anlage 8**

Im Jahr 2009 gingen bzw. im Jahr 2010 gehen Beschäftigte in die Freizeitphase der Alterszeit. Einige haben die Freizeitphase beendet und sind aus dem Dienst beim Landkreis Peine ausgeschieden bzw. werden ausscheiden. Die Veränderungen sind im Stellenplan auszuweisen.			
<b>6.3</b>	<b>Leerstellen ATZ A+ B</b>	Egr. 8 Egr. 3	- 0,35 - 1,00 <b>-1,35</b>
Im Jahr 2009 gingen bzw. im Jahr 2010 gehen Beschäftigte in die Freizeitphase der Alterszeit. Einige haben die Freizeitphase beendet und sind aus dem Dienst beim Landkreis Peine ausgeschieden bzw. werden ausscheiden. Die Veränderungen sind im Stellenplan auszuweisen.			
<b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung zu Ziffern 6.1 bis 6.3 ausgesprochen.</b>			
<b>Gesamt Fachbereich I – Leerstellen –</b>			<b>-2,35</b>

**Fachbereich I – Personalüberlassung A + B –:**

lfd. Nr.	Bezeichnung der OE	Besold./ Entgeltgruppe	Stellen
<b>7.1</b>	<b>A + B</b>	Egr. 9 Egr. 8 Egr. 6 Egr. 5	0,91 - 0,91 2,00 - 3,00
Die in den A + B beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Peine werden bei ihrem Ausscheiden nicht mehr durch den Landkreis Peine ersetzt. Die Stellen können daher im Stellenplan des Landkreises Peine entfallen.			
<b>Der Ausschuss für Zentrale Verwaltung und Feuerschutz hat in seiner Sitzung am 22.02.2010 eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen.</b>			
<b>Gesamt Fachbereich I – Personalüberlassung A + B –</b>			<b>- 1,00</b>